

Grundsatzprogramm von Campusgrün Bayern



beschlossen von der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung
am 20. Januar 2008 in Passau
ergänzt durch die dritte ordentliche Mitgliederversammlung
am 23. Mai 2009 in Bayreuth

Inhaltsverzeichnis

Präambel

I. Unsere Werte und Überzeugungen

- Demokratie
- Freiheit
- Ökologie
- Nachhaltigkeit
- Soziale Gerechtigkeit
- Bildung
- Gleichberechtigung
- Gewaltfreiheit

II. Aufgaben

III. Ziele

1. Gesellschaft und Hochschule

- Übergang Schule – Hochschule
- Bewerbungsprozess
- Finanzierung der Hochschulen
- Bildungsföderalismus
- Rolle des Staates in der Bildungspolitik
- Übergang Hochschule-Arbeitsmarkt

2. Ökologie und Klima

- Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Hochschule

3. Die grüne Hochschule

- Lehre
- Wissenschaft und Forschung
- Partizipation und Demokratie an der Hochschule
- Finanzierung des Studiums
- Transparenz
- Datenschutz
- Familiengerechte Hochschule
- Campusleben
- Hochschule und Stadt
- Internationales
- Bologna

4. Das Hochschulstudium im europäischen und internationalen Kontext

- Europäische Integration
- Globalisierung

Grundsatzprogramm von Campusgrün Bayern

„Es muss vorbei sein mit dem Zeitalter des süßen Individualismus und der verträumten Studierstübchen! Der freie, sozial fühlende Student [und natürlich auch die Studentin!] gehört in politische Versammlungen, so gut wie in den Hörsaal, an die Wahlurnen so gut wie vor echte Rembrandts, in staatsbürgerliche Kollegs so gut wie ins Theater!“

(Erich Kästner 1927)

Präambel

In Verantwortung vor unserer sozialen und natürlichen Umwelt,

im Bewusstsein um die zentrale Bedeutung der Hochschulen in einer sich im globalen Umbruch befindenden Wissensgesellschaft,

in dem Willen, die bayerische Hochschullandschaft grüner zu gestalten,

haben wir, die Mitgliedsgruppen von Campusgrün Bayern - Landesverband Grüner Hochschulgruppen, uns am 20. Januar 2008 in Passau dieses Grundsatzprogramm gegeben.

Campusgrün Bayern ist ein demokratischer, unabhängiger politischer Studierendenverband, der die Interessen der bayerischen Studierenden gegenüber den Hochschulen, anderen staatlichen Institutionen und der Öffentlichkeit vertritt.

Mit unserem politischen Handeln wollen wir aktiv für die Gestaltung unserer Gesellschaft und Hochschulen eintreten und auf den demokratischen Willensbildungsprozess einwirken. Zu diesem Zweck haben wir in diesem Grundsatzprogramm unsere Werte und Überzeugungen dargelegt.

I. Unsere Werte und Überzeugungen

Grundlage unserer Überzeugungen ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Jeder Mensch ist einzigartig und mit unveräußerlichen und universellen Menschenrechten ausgestattet.

Wir verstehen den Menschen als Teil der Natur. In Respekt vor Natur und Mitmenschen sollen menschliche Fähigkeiten stets verantwortungsbewusst und nachhaltig eingesetzt werden.

Demokratie

Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die freie Entfaltung jedes Einzelnen ist nur in einem demokratisch-partizipatorischen Umfeld möglich.

Demokratie fängt im Kleinen an. Nur wer von Anfang an lernt, an Entscheidungsprozessen jeglicher Art teilzuhaben und andere Meinungen zu tolerieren, kann zu einem mündigen Staatsbürger werden. Zum Schutz dieser individuellen Freiheiten treten wir für einen umfassenden Datenschutz ein.

Gleichberechtigte Partizipation ist für das Miteinander an den Hochschulen von entscheidender Bedeutung.

Demokratische Teilhabe ist die beste Prävention gegen totalitäre Ideen. Wir wenden uns gegen jede Form des Extremismus und plädieren für eine wehrhafte Demokratie – es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben. Die Interessen von Mehrheit und Minderheiten müssen in einem angemessenen Verhältnis beachtet werden, Minderheitenrechte müssen geschützt werden.

Im europäischen Kontext stehen wir für transparente Entscheidungen auf der Basis einer parlamentarischen Willensbildung.

Freiheit

Die Selbstentfaltung des Menschen ist durch einen weiten Freiheitsbegriff bedingt. Selbstentfaltung kann nur in einer Gesellschaft stattfinden, die von Toleranz und Achtung vor den Mitmenschen und der Umwelt geprägt ist. Freiheit bedeutet mehr als das Auswählen zwischen vorgegebenen Möglichkeiten. Sie bezieht sich viel eher auf die bewusste und selbst bestimmte Gestaltung von Lebensbedingungen.

Freiheit entsteht erst durch die bewusste Auseinandersetzung des Menschen mit den Bedingungen seines Handelns. Die Erkenntnis dieser Bedingungen ermöglicht die Einsicht in eine generationen- und grenzenübergreifende Verantwortung des Menschen für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieser Verantwortung entspringt ein nachhaltiges menschliches Verhalten, welches darauf ausgerichtet ist, eine lebenswerte Welt für heutige und zukünftige Generationen zu schaffen.

Freiheit ist die Voraussetzung für eine öko-soziale Marktwirtschaft. Zur persönlichen Freiheit gehört ebenfalls eine grundlegende wirtschaftliche Unabhängigkeit. Um diese zu gewähren, soll der Staat die wirtschaftlich Schwachen und sozial Benachteiligten in der Marktwirtschaft und der Gesellschaft schützen und unterstützen.

Ökologie

Als Teil unserer Umwelt treten wir für einen umfassenden Schutz der Natur ein. Nur im Einklang mit der Natur ist menschliches Leben und zukunftsträchtiges Wirtschaften möglich. Dies beinhaltet die nachhaltige und effiziente Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie den durchdachten Einsatz regenerativer Energiequellen.

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die nur im internationalen Rahmen bewältigt werden kann. Klimaschutz ist eines der Kernfelder globaler Verantwortung, der besonders die Industrienationen gerecht werden müssen. Effektiver Klimaschutz beginnt auf der lokalen Ebene und nimmt jeden einzelnen Menschen in die Verantwortung.

Nachhaltigkeit

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ermöglicht es auch zukünftigen Generationen, freiheitlich zu handeln. Im Prozess des Entscheidens und Handelns müssen die Folgen für die Zukunft und zukünftige Generationen berücksichtigt werden. Jegliches politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Denken und Handeln hat unter dem Primat der Nachhaltigkeit zu stehen. Wir sehen Nachhaltigkeit damit als Instrument, das rein auf Wirtschaftlichkeit und Ökonomisierung ausgerichteten Bewertungs- und Entscheidungsprozessen entgegen wirken soll. Nicht nur kurzfristige Gewinnmöglichkeiten sollen berücksichtigt werden, sondern stets auch die mittel- und langfristigen gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen.

Soziale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit bedeutet, dass jeder nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten die formelle und materielle Freiheit hat, die er braucht, um seinem Handeln Wirkung zu verleihen. Wir treten ein für eine Gesellschaft, die keinen Menschen benachteiligt und ausgrenzt. Wir streben nach dem Ideal einer umfassenden sozialen Nachhaltigkeit, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen herstellt, Benachteiligungen ausgleicht und jeden seinem Willen und Fähigkeiten gemäß fördert. Alle Bürger sollen die gleichen gesellschaftlichen Chancen bei der Verwirklichung ihrer Ziele haben.

Wir wenden uns gegen eine übermäßige staatliche Regulierung bei der Ausgestaltung individueller Lebenswege.

Bildung

Bildung ist von zentraler Bedeutung für die freiheitliche Gesellschaft. Erst Bildung ermöglicht die volle Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Talente und damit die Freiheit jedes Individuums. Bildung ist die Voraussetzung für einen mündigen demokratischen Bürger, indem sie vor Ausbeutung sichern hilft und Schutz vor Armut und der Beeinflussung durch populistische oder totalitäre Ideen bietet. Das Recht auf Bildung muss vom Staat beständig gesichert werden. Bildung ist ein lebenslanger, stetiger Prozess. Bildung besteht keinesfalls nur in der Anhäufung von Wissen und Fertigkeiten,

sondern viel eher in der Ausbildung der Persönlichkeit und der Schärfung des Verstandes.

Hochschulbildung soll auf ein Denken ausgerichtet sein, bei dem der ganze Mensch berücksichtigt und er nicht nur unter Rationalisierungsaspekten betrachtet wird. Im Zentrum sollte ein offener, anderen Meinungen und Verhaltensweisen gegenüber toleranter, sich gegenseitig befruchtender Dialog zwischen allen Beteiligten an der Hochschule stehen.

Gleichberechtigung

Campusgrün Bayern setzt sich für die grundsätzliche Gleichberechtigung aller Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, ihrer Abstammung, ihrer Ethnie, ihrer Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, oder des Vorhandenseins einer Behinderung ein.

Alle diese Gruppen sollen frei von Diskriminierung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich nach ihren Möglichkeiten entfalten können.

Gewaltfreiheit

Das menschliche Miteinander und gerade auch der politische Wettbewerb müssen frei von Gewalt sein. Die Anwendung jeder Art von Gewalt schränkt den Menschen in erheblichem Maße in seiner Handlungsfreiheit ein, indem sie ihn zum Objekt der Umstände macht. Gewalt stellt kein Mittel freiheitlichen Handelns dar, sondern dessen Negation. Wir lehnen Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung ab.

II. Aufgaben

Die Aufgaben von Campusgrün Bayern sind, die Interessen der bayerischen Grünen Hochschulgruppen zu bündeln, zu vernetzen, zu vertreten sowie ihnen eine gemeinsame Stimme zu geben. Durch Beiträge zu allgemeinen - speziell zu hochschulpolitischen - Diskussionen wollen wir Denkanstöße geben und unsere in diesem Grundsatzprogramm dargelegten Ziele verwirklichen.

Näheres regelt die Satzung von Campusgrün Bayern.

III. Ziele

1. Gesellschaft und Hochschule

Übergang Schule - Hochschule

Die Schulausbildung soll auf die Berufsausbildung und auf das Hochschulstudium umfassend vorbereiten. Ein angemessenes Gleichgewicht zwischen praxisnaher Vorbereitung und Erlernen der Grundzüge des wissenschaftlichen Arbeitens ist dabei anzustreben. Dazu können beispielsweise Praxistage und Facharbeiten beitragen. Die Schülervvertretung ist eine sehr gute Gelegenheit für die Schüler, demokratische Prozesse einzuüben und sich in die Gestaltung des Schullebens aktiv einzubringen. Deshalb soll sie gestärkt werden. Hochschulen sollen regelmäßig Studieninformationstage durchführen, um Schüler umfassend zu informieren und zu beraten.

Das deutsche Bildungssystem muss eine stärkere Durchlässigkeit für Kinder aus bildungsfernen Familien erreichen. Das Ziel muss sein, eine Chancengerechtigkeit in der Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft zu schaffen.

Der Übergang von der Schule zu Studium oder Ausbildung kann durch Freiwillige Soziale, Ökologische oder Kulturelle Jahre sowie Praktika bereichert werden. Freiwilligendienste müssen als Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer vollständig anerkannt und dem Zivildienst gleichgestellt werden.

Bewerbungsprozess

Bewerbungsfristen für die Vergabe von Studienplätzen sollen zwischen allen Bundesländern vollständig angeglichen werden. Gebührenpflichtige Aufnahmetests lehnen wir ab. Auf fachlicher Ebene können für Studiengänge bestimmte Zulassungskriterien gelten und Zulassungstests durchgeführt werden. Dabei ist darauf zu achten, faire Auswahlkriterien anzuwenden, die auf mehreren zu erfüllenden Bedingungen fußen und in der Regel nicht allein die Abiturdurchschnittsnote der Bewerber berücksichtigen. Nach Möglichkeit sollen die Hochschulen weitgehende Autonomie bei der Auswahl ihrer Studierenden genießen.

Finanzierung der Hochschulen

Die Finanzierung von Hochschulen ist eine staatliche Aufgabe. Der Staat hat in diesem Sinne die Aufgabe, die Mittel für einen funktionierenden Hochschulbetrieb bereitzustellen. Da die gesamte Gesellschaft von Hochschulbildung profitiert, sollen sich auch zivilgesellschaftliche Akteure, wie zum Beispiel Unternehmen und Stiftungen, in angemessener Weise an der Finanzierung und Förderung der Hochschulen beteiligen. Dieses Engagement darf aber niemals den Staat von seiner Pflicht entbinden, als Garant einer funktionierenden Hochschullandschaft tätig zu sein. Wirtschaftliche Förderung kann

immer nur unterstützend wirken. Wir fordern einen Ausbau der staatlichen Finanzierung der Hochschulen und kritisieren den sukzessiven Rückzug des Staates aus selbiger. Die rein gewinnorientierte Ausrichtung von Hochschulen lehnen wir ab. Lehre und Forschung müssen inhaltlich unabhängig bleiben.

Bildungsföderalismus

Dem Grundgesetz entsprechend liegt die Bildung im Kompetenzbereich der Länder. Diese wurden im Zuge der Föderalismusreform bezüglich ihrer Rechte im Bildungssektor noch gestärkt. Dennoch darf der Bildungsföderalismus nicht auf Kosten der Studierenden gehen: Hochschulwechsel zwischen den Bundesländern müssen problemlos möglich sein. Studienleistungen und Studienabschlüsse müssen vergleichbar sein, so dass schon erbrachte Studienleistungen anerkannt werden können. In diesem Sinne fordern wir die Gewährleistung bundeseinheitlicher Standards.

Rolle des Staates in der Bildungspolitik

Bildung für die jetzigen und kommenden Generationen zu ermöglichen und bereitzustellen, ist eine elementare Aufgabe des modernen Staates.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund und vor allem die Bundesländer ihrer Verpflichtung nachkommen und durch eine Anhebung der Finanzmittel für eine nachhaltige und umfassende Verbesserung von Lehre und Forschung sorgen. Es muss sichergestellt werden, dass die Hochschulen als Institutionen voll funktionsfähig sind. Dazu gehört auch, dass ausreichende und zumutbare Räumlichkeiten für Studierende und Lehrende zur Verfügung stehen, ebenso wie eine angemessene und funktionsfähige technische Ausstattung. Der Medienbestand der Bibliotheken muss weiter gestärkt werden. Aktuelle Forschungsliteratur muss stets verfügbar sein.

Bildung muss unabhängig von der sozio-ökonomischen Situation und Herkunft frei zugänglich sein.

Die Einführung von Studiengebühren stellt den beginnenden Rückzug des Staates von seinem Bildungsauftrag dar. Sie widerspricht fundamental den hochschulpolitischen Notwendigkeiten unserer Zeit.

Unsere Gesellschaft lebt von ihren Köpfen und darf nie diesen Garant für Entwicklung und Erfolg durch Nachlässigkeit und falsche Prioritäten verkümmern lassen. Die Zukunft unserer Wissensgesellschaft ist untrennbar mit der intellektuellen Leistungsfähigkeit seiner Menschen verknüpft.

Übergang Hochschule-Arbeitsmarkt

Um die Studenten über das theoretische Wissen hinaus für das Arbeitsleben zu qualifizieren, setzen wir uns für die Förderung und Ermöglichung von Praktika ein. Unter Praktika verstehen wir die Arbeit der Studierenden in Unternehmen, Institutionen etc., bei denen sie praktische Erfahrungen sammeln, ihre Interessen erkennen, neue Dinge

erlernen und sich auf die Arbeitswelt vorbereiten sollen. Alle Praktikantinnen und Praktikanten erbringen Leistungen, die angemessen entlohnt werden müssen und dürfen nicht als Ersatz für reguläre Arbeitsstellen eingesetzt werden.

Wir setzen uns für realistische Anforderungen für Erstbewerberinnen und –bewerber am Arbeitsmarkt ein. Es ist unrealistisch und diskriminierend, von einem möglichst jungen Absolventinnen und Absolventen überdurchschnittliche Studienleistungen, mehrere Fremdsprachen und eine mehrjährige Praxiserfahrung zu fordern.

Der Austausch zwischen Absolventinnen und Absolventen, Hochschule und Studierenden stellt ein großes Potenzial da, das es beispielsweise in Form von Netzwerken zu nutzen gilt.

2. Ökologie und Klima

Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Hochschule

Als intellektuelle Zentren unserer Gesellschaft müssen Hochschulen in Sachen Klima- und Umweltschutz beispielhaft voran gehen. Eine moderne Hochschule sollte heutzutage über ein Energiesparkonzept und eine moderne, auf regenerativen Energien beruhende Energieversorgung verfügen. Auch mit kleineren Maßnahmen lassen sich Ressourceneinsparungen erreichen. Daneben halten wir ein modernes Recyclingkonzept und ein umfassendes Angebot von möglichst lokal erzeugten Bioprodukten in Mensen und Cafeterien für zwingend notwendig. Diese Maßnahmen fördern nicht nur direkt das Wohlergehen der Hochschulangehörigen, sie entlasten auch den Haushalt und fördern die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft.

Die Hochschulen sollten überdies die komplexen Folgen des globalen Klimawandels stärker in Forschung und Lehre behandeln und allgemein die Angehörigen der Hochschule und die Gesellschaft für ökologische Themen sensibilisieren. Bei ihren planerischen Entscheidungen sollen Hochschulen die Nebeneffekte und Langzeitfolgen auf die Umwelt beachten und Vorhaben auf ihre Nachhaltigkeit überprüfen. Zur Durchsetzung dieser Ziele regen wir die Schaffung einer/eines gewählter/gewählten, mit ausreichend Kompetenzen ausgestatteten Ökologiebeauftragten an, die/der auf der Leitungsebene der Hochschule die oben genannten Ziele überwacht.

3. Die grüne Hochschule

Lehre

Eine moderne Hochschule kann nur erfolgreich sein, wenn Forschung und Lehre eng miteinander verzahnt sind, und die Potentiale jedes Einzelnen optimal gefördert werden. Campusgrün Bayern setzt sich für eine gute Lehre ein. Hierzu darf der Hochschuletat nicht weiter gekürzt, müssen mehr Dozentinnen und Dozenten eingestellt und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Vorlesungen und Seminaren erreicht werden. Sind Veranstaltungen überfüllt, leidet die Lehre in erheblichem Maße. Nur in kleinen Kursen kann die akademisch-partizipative Diskurskultur mit Leben gefüllt werden und können Studierende richtig gefördert und gefordert werden. Durch interdisziplinäre Studiengänge und ein breites Angebot an Wahl- und Wahlpflichtfächern kann erreicht werden, dass Studierende über ihren eigenen Tellerrand schauen und einen breiten Blickwinkel bekommen. Lehrangebote müssen von den Studierenden inhaltlich evaluiert und Studierendenvertreter bei der Gestaltung und Organisation von Studiengängen und Lehrveranstaltungen stärker mit eingebunden werden. Evaluierungen dürfen nicht nach rein wirtschaftlichen Kennzahlen durchgeführt werden, sondern sollen die Lehre auch inhaltlich voranbringen. Daher muss eine Evaluierung öffentlich, transparent und mit Konsequenzen verbunden sein.

Wissenschaft und Forschung

Mit Sorge sehen wir die immer stärker werdende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, insbesondere der Hochschule. Die Abwertung der Geisteswissenschaften und vermeintlicher Orchideenfächer sowie der Abbau von Lehrstühlen in diesem Bereich, gefährden den Wissenschaftsstandort Deutschland.

Keine Hochschule kann auf einen angemessenen Forschungsanteil verzichten. An öffentlich geförderten wissenschaftlichen Institutionen, wie den bayerischen Hochschulen, sollte es einen nicht unerheblichen Raum für Grundlagenforschung geben. Damit sind Forschungsprojekte gemeint, deren Ergebnisse sich als solches nicht an einer unmittelbaren praktischen Anwendung orientieren.

Drittmittelprojekte sind grundsätzlich sehr zu begrüßen, allerdings darf die Wissenschaft sich nicht allein an wirtschaftlichen Verwertungsinteressen ausrichten. Dennoch sind Partnerschaften zwischen Hochschulforschung und wirtschaftlicher Anwendung von Bedeutung für die Rückbindung der Wissenschaft an die Gesellschaft.

Die Wissenschaft soll einen angemessenen Ausgleich zwischen der notwendigen Unabhängigkeit von politischen oder wirtschaftlichen Einflüssen und der Wirkung von Forschungsergebnissen in die Gesellschaft hinein finden – Forschung im Elfenbeinturm lehnen wir ab. Wissenschaftler tragen als Teil der Gesellschaft eine hohe ethische Verantwortung für die Methoden und Gebiete ihrer Forschung. Die Wissenschaft muss sich daher um die verständliche Formulierung ihrer Forschungsergebnisse bemühen,

gleichzeitig aber nicht durch eine zu flache oder oberflächliche Darstellung verzerrte Vorstellungen von Forschungsinhalten in der Bevölkerung wecken. Nur so kann Interesse an Wissenschaft und die Akzeptanz von Hochschulen gefördert werden.

Der Wissenschaftsbetrieb ist nach wie vor in hohem Maße von Männern dominiert. Dies muss sich sehr deutlich ändern. Männer und Frauen müssen in Bezug auf akademische Karrieren gleiche Chancen haben. Frauen sollen bei ihrer Entscheidung, in die Wissenschaft zu gehen, besonders gefördert werden. Die Hochschulleitungen sollten als gutes Beispiel vorangehen und eine geschlechtergerechte Besetzung der Hochschulleitungsgremien anstreben.

Partizipation und Demokratie an der Hochschule

Demokratie ist nicht nur eine Herrschafts-, sondern auch eine Lebensform. Wer von klein auf demokratische Entscheidungsprozesse und freie, gleichberechtigte Diskussionskultur aktiv erlebt, weiß die Möglichkeiten der Partizipation und der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens zu schätzen. Doch Demokratie will erlernt sein - im unmittelbaren Umfeld, also auch an der Hochschule.

Es widerstrebt unserem Verständnis von Demokratie, dass in Bayern laut Art. 26 BayHSchG so genannte Hochschulräte über die Geschicke der Hochschulen entscheiden. Die externen Mitglieder dieses Gremiums werden nicht demokratisch von der Gesamtheit der Hochschulangehörigen gewählt, sondern von den Hochschulleitungen ernannt. Zwar kann eine Einbeziehung externer Experten aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft durchaus eine wichtige unabhängige Perspektive zu strategischen Entscheidungen beitragen, jedoch sollten diese Experten gewählt werden und ausschließlich beratend tätig sein. Wir fordern daher eine Rückverlagerung ihrer Kompetenzen in die demokratisch gewählten Senate der Hochschulen.

Eine wirklich demokratische Hochschule richtet nicht nur alljährlich Wahlen aus, sondern garantiert grundsätzlich eine paritätische Beteiligung aller involvierten Gruppen in sämtlichen entscheidenden Gremien. Wer studentische Eigenständigkeit und die Übernahme von Verantwortung in vielen Bereichen der Hochschule verhindert, beschneidet nicht nur die Rechte der zahlenmäßig stärksten Gruppe einer Hochschule, sondern erstickt auch neue, der Hochschule als ganzer zu Gute kommende Ideen und Methoden im Keim. In diesem Sinne fordern wir eine deutliche Ausweitung der studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten an den bayerischen Hochschulen und eine bessere finanzielle Ausstattung der bayerischen Studierendenschaften.

Freie, unabhängige und verantwortungsbewusste Studierendenschaften, die ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, sind eine Chance für die bayerische Hochschullandschaft und die Gesellschaft insgesamt. Die Präsidentin/ der Präsident bzw. die Rektorin/ der Rektor einer Hochschule sollte von allen Mitgliedern der Hochschule direkt gewählt werden.

Wir befürworten ausdrücklich die politisch-demokratische Auseinandersetzung aller sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennenden Hochschulgruppen. Wer glaubt, jede politische Äußerung aus Hörsaal, Flur und Mensa verbannen zu können und dann über niedrige Wahlbeteiligung klagt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Politisch-demokratische Auseinandersetzungen gehören auch an die Hochschulen!

Finanzierung des Studiums

Wir treten grundsätzlich für ein gebührenfreies Studium ein. Studiengebühren erhöhen die soziale Auslese des Bildungssystems und schrecken Interessierte ab. Dies widerspricht dem bundesweiten Ziel, die Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen pro Jahrgang zu erhöhen. Studiengebühren tragen zur Ökonomisierung der Hochschullandschaft bei. Wir als Studierende wollen keine „Kunden“ unserer Hochschulen, sondern aktive, mit Rechten und Pflichten ausgestattete Teilnehmer und Gestalter des Bildungsprozesses sein. Um die aktuelle Situation eines kostenpflichtigen Studiums abzufedern, müssen mehr Stipendien- und Darlehenprogramme geschaffen werden.

Campusgrün Bayern fordert ein staatliches Modell der elternunabhängigen Studienfinanzierung, welches den realen Lebenshaltungskosten der Studierenden in Deutschland gerecht wird. Dazu gehört auch ausreichend staatlich bereitgestellter Wohnraum, der den Bedürfnissen der Studierenden entspricht.

Transparenz

Hochschulen haben als öffentliche Einrichtungen vor allem bei Entscheidungsprozessen Transparenz zu wahren. Sitzungen von Gremien an der Hochschule sollten in der Regel öffentlich stattfinden. Dazu gehören insbesondere der Senat, der Hochschulrat und die Fakultätsräte. Die Hochschulleitung sollte gegenüber allen Mitgliedern der Hochschule einen ungehinderten, ständigen Informationsfluss sicherstellen. Die Finanzen der Hochschulen müssen offen gelegt werden. Dies trifft besonders auf die Verwendung von Studiengebühren zu.

Datenschutz

Menschen, die sich kontrolliert und beobachtet fühlen, ändern ihr Verhalten. Basis einer jeden Demokratie sind Bürger, die frei von Angst und Unterdrückung ihre Meinung sagen können, sich für politische Ziele einsetzen und Ideen jenseits der Mehrheitsmeinung vertreten. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 gibt es einen weltweiten Trend, die Freiheit des Einzelnen zu beschränken mit dem Versprechen, damit die Sicherheit für alle zu erhöhen. Gleichzeitig nutzen private Firmen die Möglichkeiten moderner Informationstechnik und des Internets, um möglichst viel über ihre Kunden und Mitarbeiter in Erfahrung zu bringen. Datenschutz ist Schutz der Privatsphäre, Schutz freier persönlicher Entfaltung und eine der Bedingungen demokratischer Partizipation.

Konformitätsdruck durch Überwachung oder die Angst vor der selbigen entzieht der Demokratie ihre Grundlage. Demokratie braucht Freiräume und Privatsphäre. Die in der freien Wirtschaft und im Staatsapparat auftretende Tendenz, die Menschen zu kontrollieren und zu überwachen, ihre Daten zu sammeln und daraus Schlüsse zu ziehen, gefährdet die Grundsätze unserer Verfassung.

Hochschulen als Hort der Wissenschaft und Innovation müssen beispielhaft vorausgehen und die Daten der Studierenden und Mitarbeiter schützen. Lehre und Forschung müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und durch ihre innovative Kraft für eine Welt ohne Überwachung und Denkverbote eintreten. Aus diesen Gründen treten wir für umfassenden Datenschutz an allen Hochschulen ein. Videoüberwachung, RFID-Technik in Büchern oder Studierendenausweisen gehören nicht an die Hochschule. Hauptamtliche Datenschützer und studentische Datenschutzbeauftragte sind ein guter Weg zum Schutz der freien Meinungsäußerung und damit der Demokratie.

Familiengerechte Hochschule

Das Studium sehen viele Studierende als einen geeigneten Zeitpunkt, um eine Familie zu gründen. Vor dem Hintergrund, dass immer weniger Akademikerinnen und Akademiker Kinder bekommen und es besonders für Frauen schwierig ist, eine akademische Karriere und eine Familie miteinander zu vereinen, fordern wir die familiengerechte Hochschule. Die Hochschulleitungen sollen diese fördern und sich offiziell zu ihr bekennen.

Jede Hochschule soll mit einer von ihr ausreichend geförderten Kindertagesstätte ausgestattet sein, in der Kinder von Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Dozentinnen und Dozenten den Tag sinnvoll verbringen können.

Der Campus soll den Bedürfnissen von Kindern gerecht werden. Es soll ausreichend Wickelplätze und Kinder-Spielecken geben. Bibliotheken sollen familiengerechte Arbeitsplätze bieten. Möglichkeiten zum Fernstudium und zur Telearbeit sollen geprüft werden. Studierenden Eltern sollen Freisemester, gerade auch in modularisierten Studiengängen, ohne Nachteile ermöglicht werden. Wir fordern einen Ausbau des Beratungsangebotes für studierende Eltern, um sie über Förderungsmöglichkeiten, Hilfen und zu informieren.

Die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums ist ein unterstützenswertes Angebot. Dies gilt auch für Studierende, die Angehörige in häuslicher Pflege betreuen.

Campusleben

Die Universitäten und Fachhochschulen sind mehr als ein Ort zum Lernen – sie sind ein Ort zum Leben, Entwickeln und Spaß haben. Neben hochwertiger Lehre und guter Ausstattung sind ein studierendenfreundlicher Campus mit ausreichend Lern- und Arbeitsplätzen, kurzen Wegen, Möglichkeiten zum Rückzug, Grünflächen und qualitativvoller Mensa und Cafeteria wichtig für ein erfolgreiches und angenehmes Studium.

Diverse freiwillige studentische Initiativen, Arbeitskreise, Referate und politische und nicht-politische Hochschulgruppen bereichern das Campusleben und das kulturelle, soziale, politische und Sportangebot der Hochschule. Diese Gruppen müssen stärker als bisher gefördert und anerkannt werden. Dies kann zum Beispiel durch die Bereitstellung von Räumen, Materialien und Finanzmitteln geschehen.

Hochschule und Stadt

Eine Hochschule ist für jede Stadt unabhängig von ihrer Einwohnerzahl ein Gewinn. Studierende im Stadtbild vermitteln den Eindruck einer jungen, lebendigen Stadt, die sich bewegt und mit der Zeit geht. Damit geht meist auch ein attraktiveres gastronomisches und kulturelles Angebot einher. Insofern zieht dieses junge Image einer Universitätsstadt auch eher Touristen an. Die Universität mit ihren Studierenden kommt der Stadt als Ganzer zu Gute.

Der Austausch zwischen Hochschule und Stadt kann für beide Seiten interessant und befruchtend sein. Studierende bieten oft ein ungenutztes Potenzial an Wissen und Ideen, welches sich eine Stadt in Form der Bereitstellung von Praktikumsplätzen und gemeinsamen Projekten zu Nutzen machen kann. Ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot, eine studentenfreundliche Stadtplanung, beispielsweise durch Radwege oder Fahrradstraßen, sowie ein gut ausgebautes öffentliches Nahverkehrsnetz oder ein preiswertes Semesterticket bieten Studierenden attraktive städtische Lebensbedingungen.

Die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer für Studierende läuft dem Ziel zuwider, eine freiwillige und positive Identifikation der Studierenden mit ihrer Stadt zu gewährleisten.

Internationales

Für eine moderne Hochschule ist ein breites akademisches Auslandsprogramm unabdingbar. Auslandsaufenthalte sowie Studienaufenthalte von ausländischen Studierenden an bayerischen Hochschulen sollen stärker gefördert werden. Finanzielle und organisatorische Unterstützung ist dabei von großer Bedeutung. Dies bieten beispielsweise die diversen Programme der Europäischen Union. Die Hochschulen sollen sich beständig um neue Partnerhochschulen im gesamten internationalen Ausland bemühen. Dabei sollen die Bedürfnisse der Studierenden in besonderem Maße berücksichtigt werden, unter anderem in der Wahl der Partnerländer. Die Hochschulen sollen danach streben, mehr internationale Dozentinnen und Dozenten an die eigenen Hochschulen zu holen, um die wissenschaftliche Perspektive zu erweitern.

Die Hochschulen können insbesondere durch akademische Auslandsämter, Auslandstutorinnen/-tutoren, Praktikumsstellen, Kurse zur interkulturellen Kommunikation sowie ein breites Sprachenangebot dafür Sorge tragen, dass ein Klima geschaffen wird, welches zu internationalen Studien- oder Praxisaufenthalten anregt. Von großer Bedeutung für solche Bedingungen ist dabei die einfache Anerkennung von

Studienleistungen, die an anderen Hochschulen erbracht wurden, gerade auch außerhalb des Bologna-Raumes.

Auslandsaufenthalte fördern die Verständigung der Völker. Sie sind besonders förderlich für die individuelle Entwicklung, den Erwerb interkultureller Kompetenzen und Sprachkenntnissen in einer Welt, die immer näher zusammen rückt. Aber auch die tatsächlichen Kosten eines Auslandsstudiums müssen berücksichtigt werden. Aus diesem Grund ist eine effiziente Förderung notwendig, insbesondere für Studierende aus bildungsfernen und benachteiligten Gesellschaftsgruppen sowie für Studierende mit Kindern und Studierende mit Behinderung.

Bologna

In einem integrierten Europa ist es unerlässlich, dass angehende Akademikerinnen und Akademiker Auslandserfahrung sammeln und verstärkt Fremdsprachen erlernen können. Die europaweite Harmonisierung von Studienabschlüssen und das Ziel, die Internationalisierung zu fördern, sind grundsätzlich erstrebenswert. Mit der Anerkennung von Studienleistungen auf europäischem Niveau trägt der Bolognaprozess zu einem freien Studium und der Verwirklichung eines gemeinsamen Europas bei. Campusgrün Bayern unterstützt diese Ziele nachdrücklich.

Bei der konkreten Ausgestaltung des Bolognaprozesses in der Bundesrepublik Deutschland bleiben jedoch die Bedürfnisse der Studierenden oft auf der Strecke. Modularisierte Studiengänge bedeuten in vielen Fällen mehr Druck, weniger Zeit für Neigungsfächer, mehr Arbeit und weniger Freiheit, das Studium selbst zu gestalten. Für Nebenjobs, die für viele Studierende wichtig zur Studienfinanzierung sind, bleibt weniger Zeit. Politisches, soziales, kulturelles oder außeruniversitäres Engagement, Sport und andere Aktivitäten müssen zurückstehen.

Die praxisorientierte Ausrichtung des Bachelors darf nicht dazu führen, nur noch Wissen für Klausuren anzuhäufen, das punktgenau abgeprüft wird, aber nicht nachhaltig wirkt. Im Studium sollen neben dem fachlichen Wissen auch Reflexion, kritisches Hinterfragen und eigenständiges, wissenschaftliches Arbeiten erlernt werden. Wir sehen die Gefahr, dass im Zuge der Modularisierung diese Kerngehalte eines Studiums zu kurz kommen.

Das zweigliedrige System von Bachelor und Master soll einen Fachwechsel nach dem ersten Abschluss erleichtern. Doch wenn nicht einmal innerhalb des föderalen Deutschlands alle Abschlüsse anerkannt werden, wird dies auf europäischer Ebene umso schwerer. Campusgrün Bayern fordert daher die europaweite gegenseitige Annerkennung aller Studienabschlüsse und mittelfristig eine europaweite Zusammenlegung der Bewerbungsfristen. Auch müssen genügend Master-Plätze für alle interessierten Bachelor-Absolventen bereitgestellt werden.

Aufgrund der strengen Modularisierung in vielen Fächern, werden Auslandsaufenthalte erschwert oder im Zuge des Zeitmangels sogar unmöglich gemacht. Dem muss entgegen

gewirkt werden. Campusgrün Bayern spricht sich für einen Ausbau von ERASMUS-Beratungsstellen und Auslands-Betreuungsangeboten an den Hochschulen aus.

4. Das Hochschulstudium im europäischen und internationalen Kontext

Europäische Integration

Europa wächst zusammen. Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen besteht zum ersten Mal in der Geschichte die Möglichkeit, Frieden und Freiheit auf dem Kontinent dauerhaft zu sichern. Diese Chance darf nicht verspielt werden. Als europäische Bürgerinnen und Bürger und angehende Akademikerinnen und Akademiker wollen wir zum friedlichen Aufbau eines integrierten Europas beitragen.

Die Europäische Union kann jedoch nur dann die Grundlage für eine dauerhafte europäische Identität schaffen, wenn ihre Institutionen und Entscheidungsprozesse demokratisch legitimiert sind. Insbesondere das Europäische Parlament muss in seinen Kompetenzen gestärkt werden.

Die Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt muss noch weiter vorangetrieben werden. Im Schengenraum dürfen keine Barrieren mehr bestehen für europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die stets geforderte Mobilität soll damit verwirklicht werden. Zudem soll auf eine gegenseitige Anerkennung aller berufsqualifizierenden Abschlüsse in der Europäischen Union hingewirkt werden.

Globalisierung

Die Globalisierung soll die Völker einander annähern und eine Zukunft ohne bewaffnete Konflikte, Gewalt und Armut schaffen. Wir streben nach einer Gesellschaft, in der die Globalisierung als Chance verstanden wird, ihre Folgen und Auswirkungen kritisch hinterfragt und im Sinne aller Menschen aktiv gestaltet werden. Einer Gesellschaft, in der man sich des Wertes der Ressourcen und Reichtümer unserer Planeten bewusst ist und verantwortungsvoll damit umgeht. Wir müssen verstehen, dass wir auf einem Planeten leben, den wir uns mit allen anderen Völkern teilen und den wir gemeinsam mit diesen für zukünftige Generationen erhalten müssen.

Das Studium soll für diese Zusammenhänge ein Bewusstsein schaffen und die Absolventinnen und Absolventen darauf vorbereiten, in einer solchen Welt zu leben und zu arbeiten, so dass sie in dieser bestehen können und mit ihrem erlernten Wissen und ihren Fähigkeiten sich für eine gerechtere, nachhaltigere, sozialere, ökologischere – kurz: grünere Welt einsetzen können!